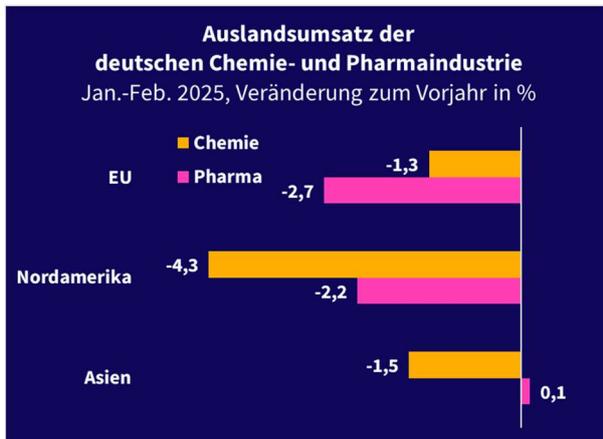
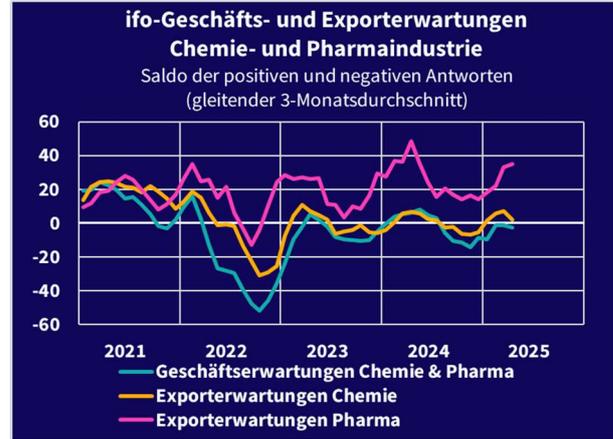


Schlaglicht April 2025 - Fokus Auslandsmärkte

GEWITTERWOLKEN ÜBER DEM ATLANTIK

Das Geschäftsklima der chemisch-pharmazeutischen Industrie hat sich im April abgekühlt. Obwohl die aktuelle Lage etwas besser als in den vorherigen Monaten aussieht, haben sich die Geschäftserwartungen zuletzt spürbar eingetrübt. Die Branche rechnet für die kommenden Monate überwiegend mit einer erneuten Verschlechterung der Geschäftslage. Hauptursache für den befürchteten Rückschlag dürfte die aggressive und unberechenbare US-Zollpolitik von Donald Trump sein. Das bedeutet: Bevor die Konjunkturimpulse der neuen Bundesregierung allmählich wirksam werden, droht der deutschen Industrie konjunktureller Gegenwind.



Quellen: ifo, Destatis, VCI

Der Exportmotor der Chemie- und Pharmabranche stotterte bereits vor dem „Liberation Day“. Aufgrund der gesunkenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit fiel es den Unternehmen zunehmend schwerer, von der steigenden Nachfrage im Ausland zu profitieren. Die Folge: Auf allen wichtigen Exportmärkten war der Umsatz von Chemie und Pharma im bisherigen Jahresverlauf rückläufig beziehungsweise stagnierte. Zudem dürften die aktuellen Zollturbulenzen das Exportgeschäft weiter belasten. Derzeit halten sich die direkten Folgen noch in Grenzen: Der

Pharmasektor blieb bislang von US-amerikanischen „Gegenzöllen“ verschont. Knapp ein Viertel der deutschen Pharmaausfuhren geht in die USA. In der Chemie liegt der Anteil der USAusfuhren mit 7 Prozent deutlich niedriger. Zudem hat die deutsche Chemieindustrie bereits massiv in den USA investiert. Den rund 10 Milliarden Euro Chemie-Ausfuhren in die USA stehen rund 65 Milliarden Euro an Produktion deutscher Chemieunternehmen in den USA gegenüber.

VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup kommentiert: „Heute ist Donald Trump seit 100 Tagen im Amt. Er hat die Weltwirtschaft mit seiner Zollpolitik ins Chaos gestürzt. Jetzt muss die neue Bundesregierung zeigen, wie man es besser macht. Wie in 100 Tagen die Wirtschaftswende am Standort Deutschland und der industriepolitische Neustart in Europa gelingt. Merz und Co. sind sofort gefordert. Berlin muss die politische Einigung Europas beherzt vorantreiben und eine Führungsrolle in Brüssel übernehmen. Genau das wird sich für Deutschland und Europa bezahlt machen.“